

Interview mit dem Nordwestradio/Journal zum Thema „Europa und Kommunen“ mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB vom 05. Januar 2012

Hans-Heinrich Obuch

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat heute in Berlin Bilanz gezogen und wie das bei Bilanzen so ist, den Blick zurückzuwerfen bedeutet auch immer, den Blick nach vorne zu richten. Gerd Landsberg ist Hauptgeschäftsführer des Städte und Gemeindebundes. Schönen guten Tag, Herr Landsberg.

Dr. Gerd Landsberg

Guten Tag Herr Obuch.

Hans-Heinrich Obuch

Ihre Devise, „Erfolgreiche Zukunft nur mit Europa“. Welche Forderungen verbinden Sie damit?

Dr. Gerd Landsberg

Wir haben ja eine Krise in Europa. Die Menschen haben Angst, dass der Euro zusammenbricht. Wir haben 5 Millionen Jugendliche, die arbeitslos sind, wie zum Beispiel in Spanien, teilweise hochqualifiziert. Das lässt die Leute zweifeln, ob das europäische Modell richtig ist. Und wir sagen genau das Gegenteil. Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Europa. Wir brauchen eine Stärkung des Europäischen Parlamentes. Es ist aus unserer Sicht auch wichtig, den Weg zu einer Finanz- und Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene zu gehen. Denn die Probleme, die wir haben, das sind ja keine nationalen Probleme.

Verschuldensproblematik, Klimaproblematik, demographischer Wandel. Das schaffen wir nur, wenn wir in Europa diesen Integrationsprozess weiter beschreiten. Man muss aber auch ehrlich sagen, das bedeutet natürlich auch möglicherweise ein Weniger an nationaler Befugnis. Aber für unsere Zukunft ist das entscheidend. Man muss sich einmal die Größenordnung anschauen. Es konkurrieren der amerikanische, der asiatische und der pazifische Raum. Das sind Wirtschaftsregionen. Ein einzelner europäischer Nationalstaat hat da keine Chance und deswegen ist auch die Frage, wie entwickelt sich unser Wohlstand, wesentlich von der europäischen Frage abhängig. Und zum Schluss vielleicht noch eine Zahl: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat einmal ausgerechnet, welchen Vorteil hat denn Deutschland vom Euroraum? Das sind immerhin in zwei Jahren 50 bis 60 Mrd. Euro gewesen. Das wird aus unserer Sicht viel zu wenig kommuniziert.

Hans-Heinrich Obuch

Sie haben eben gerade so einige Problemfelder aufgeführt. Der demographische Wandel, Klimawandel, Energiewende, Integrationsprozesse. Wo wollen Sie da ansetzen. Das ist ja eine Menge Holz!

Dr. Gerd Landsberg

Das ist eine Menge Holz, aber man muss wissen, der ganze Prozess des europäischen Einigungsvorganges ist ja wesentlich von den Städten über Städtepartnerschaften getragen worden. Es gibt z. B. 2000 Städtepartnerschaften mit Frankreich, mit Griechenland gibt es nur 37. Da können wir mehr tun und da geht es nicht nur darum, dass die Bürger sich besuchen, sondern dass man vielleicht auch gemeinsame Wirtschaftsjprojekte vorantreibt, effektive Verwaltung - die ist sicherlich ein Exportschlager, den wir auch exportieren könnten. Und da können Kommunen eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Hans-Heinrich Obuch

Wenn ich mit Ihnen sonst gesprochen habe, oder mit anderen Vertretern des Städte- und Gemeindebundes, dann spielt natürlich immer das Geld oder besser die Geldknappheit eine Rolle. All das, was Sie so schildern, das hört sich großartig an, aber man braucht doch Geld dazu?

Dr. Gerd Landsberg

Man braucht Geld dafür, das ist richtig. Auch nach wie vor ist die Finanzlage der Kommunen nicht rosig. Wir haben das letzte Jahr mit einem Minus von fast 3 Milliarden Euro abgeschlossen. Das ist traurig, denn immerhin haben wir ja großes Wirtschaftswachstum und da gibt es eine ganz einfache Erklärung: Wir haben eben trotz der besseren Einnahmen immer noch weiter steigende Sozialkosten. 45 Milliarden Euro. Das versteht ein Hörer nicht so ohne weiteres, weil ja die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, aber wir haben eben leider noch 6,15 Millionen Menschen im Hartz-IV-Bezug. Das sind überwiegend Langzeitarbeitslose, für die wir Unterkunftskosten und ähnliches bezahlen. Man kann also sagen, ein Teil des Aufschwunges ist an diesen Menschen vorbeigegangen. Wir zahlen auch für Behinderte Eingliederungshilfe. Das ist keine kommunale Aufgabe, aber wir sagen jetzt nicht „das muss der Bund alles bezahlen“, sondern wir sagen „Wir brauchen eine Agenda 2020“, die den Weg aus dem Schuldenstaat weist. Und da muss man auch ganz ehrlich sein und den Bürgern auch sagen, „das geht nur, wenn alle auch Einschnitte akzeptieren“. Das heißt, es geht nur mit besseren Einnahmen und weniger Ausgaben. Aber dafür kann man eine Zukunftsperspektive aufbauen. Nämlich, dass wir weniger Schulden unseren Kindern hinterlassen.

Hans-Heinrich Obuch

Aber ist das nicht gerade die Krux gerade für Sie, die Sie im Grunde genommen in den Kommunen arbeiten, direkt mit dem Bürger konfrontiert sind, dass Sie auf der einen Seite schöne Ziele proklamieren und auf der anderen Seite dann auch ja mit Einschnitten argumentieren müssen?

Dr. Gerd Landsberg

Das ist die Krux. Das ist die Krux der Kommunalpolitik. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, wenn man den Bürgern transparent macht, warum kann ich dieses Schwimmbad jetzt nicht weiter finanzieren, oder kann ich die Gewerbesteuer

erhöhen, um das Schwimmbad zu finanzieren, dann machen die Bürger mit, dann sind sie auch dabei und dann kann man auch etwas erreichen. Ich glaube, oft ist die Bevölkerung viel weiter als die Politik glaubt. Das kann man auch daran festmachen, dass sie ja mit dem Thema Steuerentlastung im Moment keine Mehrheiten mehr finden. Das ist ja ganz ungewöhnlich. Das heißt, die Bürger wollen auch den Ausweg aus dem Schuldenstaat und ich glaube, die Masse ist auch bereit, da etwas zu leisten, wenn es sozial gerecht verteilt wird.

Hans-Heinrich Obuch

Also Sie schauen optimistisch in die Zukunft?

Dr. Gerd Landsberg

Ich bin überzeugter Optimist.

Hans-Heinrich Obuch

Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes hier in Deutschland - und wie wir gerade gehört haben – überzeugter Optimist. Schönen Dank für das Gespräch!

Dr. Gerd Landsberg

Bitteschön.